

Unterbringung im Asylbereich

Nach dem Asylgesetz (AsylG) können das Staatssekretariat für Migration (SEM) und die kantonalen Behörden den Asylsuchenden einen Aufenthaltsort zuweisen. Das Gesetz schafft überdies die Rechtsgrundlage für die Unterbringung – insbesondere in Kollektivunterkünften (Art. 28 AsylG).

1. Unterbringung auf Bundesebene

Personen, die in der Schweiz ein Asylgesuch stellen, werden zuerst in einem Bundesasylzentrum (BAZ) untergebracht. Dort wird entschieden, ob ihr Gesuch im Dublin-Verfahren, im beschleunigten Verfahren, oder im erweiterten Verfahren behandelt wird. Die Dublin-Verfahren und die beschleunigten Verfahren werden nach Möglichkeit direkt im BAZ erledigt, während die Personen im erweiterten Verfahren den Kantonen zugewiesen werden. In jedem Fall beträgt die maximale Aufenthaltsdauer im BAZ aber 140 Tage. Können die Dublin-Verfahren oder beschleunigten Verfahren nicht innerhalb dieser Frist abgeschlossen werden, erfolgt ebenfalls eine Zuweisung an den Kanton. Personen, deren Wegweisungsentscheid bereits rechtskräftig aber noch nicht vollzogen ist, werden in diesem Fall direkt in ein Rückkehrzentrum des Kantons Bern überwiesen. Durch diese Neustrukturierung des Asylbereichs auf Bundesebene werden den Kantonen seit März 2019 deutlich weniger Asylsuchende zugewiesen.

2. Unterbringung im Kanton Bern

Dem Kanton Bern zugewiesene Personen werden seit dem 1. Juli 2020 direkt an einen regionalen Partner in

einem der fünf definierten Perimeter zugeteilt. Die regionalen Partner nehmen die operative Gesamtverantwortung für die Aufgaben im Asyl- und Flüchtlingsbereich wahr. Die Zuteilung geschieht nach einem Turnusprinzip und gemäss den freien Kapazitäten der Partner. Dabei sollen frankophone Asylsuchende nach Möglichkeit in der französischsprachigen Region des Kantons Bern untergebracht werden.

| | |
|---------------------------------------|---|
| Region Bern Stadt und Umgebung | Stadt Bern, Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) / Subakkordant: Stiftung Heilsarmee Schweiz |
| Region Bern | Schweizerisches Rotes Kreuz Kanton Bern (SRK Kanton Bern) |
| Region Berner Jura – Seeland | Schweizerisches Rotes Kreuz Kanton Bern (SRK Kanton Bern) |
| Region Emmental – beraargau | ORS Service AG |
| Region Berner Oberland | Asyl Berner Oberland |

Die Unterbringung im Asylbereich wird weiterhin in so genannte Phasen unterteilt: In der ersten Phase erfolgt die Unterbringung in Kollektivunterkünften. In einer zweiten Phase besteht für vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Flüchtlinge die Möglichkeit auf eine Ausplatzierung in eine individuelle Unterkunft.

3. Kollektivunterkünfte (1. Phase)

Die regionalen Partner stellen den zugewiesenen Personen noch am selben Tag einen Platz in einer der von ihnen geführten Kollektivunterkünften zur Verfügung. Dabei handelt es sich oft um alte Schulheime oder

Unterbringung im Asylbereich

andere grosse Liegenschaften mit Platz für 50 bis zu 200 Personen. Die Unterbringung erfolgt in geschlechtergetrennten Mehrbettzimmern; meist verfügen die Kollektivunterkünfte auch über separate Zimmer für Familien. Ergänzt wird die Platzkapazität in den Kollektivunterkünften mit sogenannten Notunterkünften (NUK). Dabei handelt es sich oft um unterirdische Zivilschutzanlagen, die als «strategische Reserve» zur Verfügung gehalten werden. Sie können bei einer starken Zunahme von Asylgesuchen innert kurzer Zeit eröffnet werden. Die Zivilschutzanlagen werden in der Regel nur für einen befristeten Zeitraum betrieben und die Aufenthaltsdauer soll möglichst kurz gehalten werden. Anfang Mai 2020 waren im Kanton Bern 14 Kollektivunterkünfte in Betrieb, zwei davon speziell für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA). Insgesamt stehen so rund 1'325 Plätze zur Verfügung.

Die Unterbringung in einer Kollektivunterkunft ist zeitlich nicht befristet. Wird das Asylgesuch rechtskräftig abgewiesen, so erfolgt eine Umplatzierung in eines der drei Rückkehrzentren des Kantons Bern (RZB, vgl. [FachInfo «Nothilfe»](#)). Personen mit vorläufiger Aufnahme und anerkannte Flüchtlinge müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, damit sie bei einem Wechsel in eine Individualunterkunft unterstützt werden.

4. Individuelle Unterkünfte (2. Phase)

Als eine der fundamentalsten Neuerungen von NA-BE wird der Übergang von der ersten in die zweite Phase an das Erreichen bestimmter Integrationskriterien wie Sprachstand und Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung geknüpft. Für Asylsuchende im laufenden Verfahren ist grundsätzlich kein Transfer in die zweite Phase vorgesehen.

4.1. Vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer

Die freie Wohnungswahl von vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern (ohne Flüchtlingsstatus) kann eingeschränkt werden, so lange die Personen von der Sozialhilfe unterstützt werden (Art. 85 Abs. 5 AIG). In diesem Fall darf die Behörde den vorläufig aufgenommenen Personen einen Wohnort oder eine Unterkunft zuweisen.

Durch die Verknüpfung mit dem Erreichen der Integrationsziele ist eine Ausplatzierung aus der

Kollektivunterkunft von vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländer seit dem 1. Juli 2020 erst dann möglich, wenn die Person (bzw. ein Mitglied des Familienverbands) einen Sprachstand von mindestens A1 erreicht und eine Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit im Umfang von mindestens 60 Prozent aufgenommen hat. Alternativ müssen Personen, bei welchen dies nicht möglich ist, die individuellen Integrationsziele gemäss Integrationsplan vollständig erfüllen (Art. 40 Abs. 1 lit. b SAFV). Im individuellen Integrationsplan werden durch die Sozialhilfestelle gemeinsam mit den Betroffenen konkrete Integrationsmassnahmen und Zwischenziele hinsichtlich der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration definiert. Erfüllt eine erwachsene Person der Unterstützungseinheit die geforderten Integrationskriterien, sind die regionalen Partner verpflichtet, sie bei der Wohnungssuche in der ihnen zugeteilten Region zu unterstützen.

Ausnahmen vom Grundsatz der Unterbringung in Kollektivunterkünften bis zum Erreichen der genannten Ziele sind aus drei Gründen möglich (Art. 35 Abs. 2 SAFG):

- Bei Kapazitätsengpässen in den Kollektivunterkünften
- Für besonders verletzte Personen
- Für Familien mit Kindern

4.2. Besonders verletzte Personen

Besonders verletzte Personen können in einer individuellen Unterkunft untergebracht werden, wenn die Unterbringung in der Kollektivunterkunft nicht zumutbar ist (Art. 45 Abs. 1 SAFV). Der regionale Partner entscheidet, ob diese Bedingung erfüllt ist und teilt seine Entscheidung mittels einer schriftlichen Verfügung mit (Art. 45 Abs. 3 SAFV). Auch besonders verletzte Personen müssen grundsätzlich die individuellen Integrationsziele erfüllen.

4.3. Familien mit Kindern

Damit Familien mit Kindern in eine Individualunterkunft ausplatziert werden können, müssen sie über genügend Wohnkompetenzen verfügen und die soziale Integration aller Familienmitglieder muss sichergestellt sein (Art. 46 Abs. 1 SAFV). Zudem muss mindestens eine erwachsene Person das Sprachniveau A1 erreicht haben. Das Erfordernis der Ausbildung oder Erwerbstätigkeit ist hingegen nicht zwingend. Auch bei Familien mit Kindern entscheidet der regionale Partner mittels schriftlicher Verfügung über die Unterbringung in einer individuellen Unterkunft (Art. 46 Abs. 3 SAFV).

Unterbringung im Asylbereich

4.4. Personen mit Flüchtlingsstatus

Sowohl vorläufig aufgenommene Flüchtlinge wie auch anerkannte Flüchtlinge können sich auf Art. 26 der Genfer Flüchtlingskonvention berufen und verfügen grundsätzlich über die freie Wohnsitzwahl im Zuweisungskanton. Ein Umzug innerhalb des Wohnkantons kann somit nicht mangels Erreichung der Integrationsziele verweigert werden. Die Sozialhilfestellen sind aber nicht verpflichtet, anerkannte Flüchtlinge bei der Wohnungssuche zu unterstützen, solange sie die erwähnten Kriterien nicht erfüllen. Ein Umzug in eine individuelle Wohnung ohne die Integrationsziele zu erfüllen, ist somit nur möglich, wenn die geflüchtete Person selbständig eine Wohnung organisieren kann. Dabei sind zwingend die geltenden Mietzinsrichtlinien der Sozialhilfestelle am zukünftigen Wohnort zu beachten.

4.5 Wohnungssuche und Selbständigkeit

Die Suche nach geeigneten Individualunterkünften unterliegt dem Angebot des freien Wohnungsmarkts. So lange die Sozialhilfestelle den Betroffenen finanzielle (Teil-)Unterstützung leistet, müssen immer die Mietzinslimiten der am zukünftigen Wohnort zuständigen Sozialhilfestelle beachtet werden. Diese sind je nach Wohnregion unterschiedlich. Im Schnitt betragen sie für eine Einzelperson rund CHF 900 und sind degressiv abgestuft.

Es handelt sich bei den Individualunterbringungen deshalb oft um einfache Wohnungen, die oft durch mehrere Personen belegt werden. Die Wohnungen der zweiten Phase werden im Rahmen der Zuständigkeit für die Sozialhilfe meist durch die regionalen Partner gemietet und den Asylsuchenden als Sachhilfe zur Verfügung gestellt. Personen, die finanziell selbständig und von der Sozialhilfe abgelöst werden, müssen die zur Verfügung gestellte Wohnung unter Berücksichtigung der regulären Kündigungsfristen verlassen.

5. Unterbringung von UMA

Minderjährige Asylsuchende, die ohne Eltern oder Verwandte in die Schweiz eingereist sind, haben spezifische Bedürfnisse, die es im Rahmen des Kinderschutzes zu berücksichtigen gilt. Der Kanton Bern beauftragt die Stiftung Zugang B, für alle zugewiesenen unbegleiteten und minderjährigen Asylsuchenden und Flüchtlinge (UMA/UMF) ein passendes Wohn- und Betreuungs-

angebot anzubieten. Die meisten UMA im Alter von 14 bis 18 Jahren werden in sogenannten UMA-Zentren untergebracht – Kollektivunterkünfte, welche ausschliesslich von UMA/UMF belegt werden. Bei speziellen Bedürfnissen wird nach Unterbringungsformen gesucht, die eine angemessene Betreuung oder Pflege erlauben. Viele UMA, die jünger als 14 Jahre sind, werden in eine Pflegefamilie vermittelt. Bei Erreichen der Volljährigkeit wechselt die Zuständigkeit im Normalfall zum zuständigen regionalen Partner am jeweiligen Wohnort. Dieser überprüft die Wohnsituation und entscheidet über die weitere Form der Unterbringung.

6. Sonderunterbringung

Drängen sich aus medizinischen, Kindes- oder Erwachsenenschutzrechtlichen bzw. sozialen Gründen besondere Betreuungsformen auf, so können Personen des Asylbereichs auch in Sonderstrukturen untergebracht werden. In der Regel handelt es sich dabei um sozialpädagogische Institutionen oder medizinische Einrichtungen.

6.1. Sondermassnahmen nach Kostengutsprache

Für eine Unterbringung ausserhalb der ordentlichen Asylstrukturen ist eine medizinische Indikation notwendig oder es muss der Handlungsbedarf aus Sicht des freiwilligen Kindes- oder Erwachsenenschutzes ausgewiesen werden. Die Finanzierung liegt dabei teilweise in der Kompetenz der regionalen Partner, in einigen Fällen muss jedoch eine Kostengutsprache der Abteilung Asyl und Flüchtlinge der kantonalen Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion eingeholt werden. Dies betrifft insbesondere die stationäre Unterbringung von pflegebedürftigen Personen. Zuständig für das Einholen der Kostengutsprachen sind die regionalen Partner. Bei sozialpädagogischen Massnahmen für Minderjährige kann die Kostengutsprache hingegen durch das Alters- und Behindertenamt (ALBA) direkt an die Institutionen geleistet werden.

Werden aufgrund einer Gefährdung Massnahmen durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) verfügt, so obliegt die Finanzierung der KESB und nicht mehr der GSI.

Unterbringung im Asylbereich

7. Rolle der Gemeinden

Gemäss dem Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFG) liegt die Zuständigkeit für die Sozialhilfe ausschliesslich beim Kanton, der den Vollzug an die regionalen Partner delegiert (Art. 10 SAFG). Damit sind die Gemeinden grundsätzlich aus der Verpflichtung entlassen, ihrer Einwohnerzahl entsprechend Asylsuchende aufzunehmen. Die Beschaffung und Bereitstellung von Wohnraum sind ebenfalls primär Aufgaben des Kantons und der regionalen Partner. Dennoch können die Gemeinden verpflichtet werden, Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, sofern die regionalen Partner nicht genügend Wohnraum auf dem freien Markt beschaffen können (Art. 30 SAFG). In einer besonderen Notlage ist der Regierungsrat auf der Grundlage des kantonalen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes sogar befugt, die Gemeinden zu verpflichten, rasch zusätzliche Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen.

8. Finanzierung

Der Bund vergütet den Kantonen die Sozialhilfekosten für alle Asylsuchenden und für diejenigen vorläufig aufgenommenen Personen, die seit weniger als 7 Jahren in der Schweiz sind, mittels monatlichen Globalpauschalen (Globalpauschale 1). Diese beinhalten je einen Anteil für die Mietkosten, die Sozialhilfe- und Betreuungskosten sowie einen Anteil für Krankenversicherungsprämien, Selbstbehalte und Franchisen (Art. 22 Abs. 2 AsylV2). Auch für die anerkannten Flüchtlinge wird den Kantonen während 5 Jahren eine Globalpauschale ausgerichtet (Globalpauschale 2), wobei in dieser Pauschale der Anteil für die Krankenversicherungsprämien nicht beinhaltet ist (Art. 26 Abs. 2 AsylV2). Zusätzlich zu den Globalpauschalen wird pro Anerkennung als Flüchtling oder vorläufiger Aufnahme eine einmalige Integrationspauschale in Höhe von CHF 18'000 vergütet.

Der Kanton rechnet die Globalpauschalen abzüglich der medizinischen Kosten in eine Tagespauschale um. Bei der Abgeltung der gesamten Kosten für Sozialhilfe, Betreuung, Unterbringung und Integrationsförderung an die regionalen Partner kommen dabei unterschiedliche Systeme zum Tragen. Während bei der Integrationsförderung ein erfolgsabhängiges Abgeltungssystem zur Anwendung kommt, werden die Kosten für die Sozialhilfeleistungen und für die Unterbringung gemäss den effektiv ausgewiesenen Kosten vergütet.

**Kirchliche Kontaktstelle
für Flüchtlingsfragen KKF**

Effingerstrasse 55
3008 Bern

Tel. 031 385 18 14

info@kkf-oca.ch
www.kkf-oca.ch